



Stadt Bern
Gemeinderat

Erlacherhof, Junkerngasse 47
Postfach 3000 Bern 8

Telefon 031 321 62 16
Fax 031 321 60 10
stadtkanzlei@bern.ch
www.bern.ch

Schweizerischer Städteverband (SSV)
Frau Renate Amstutz, Direktorin
Florastrasse 13
3000 Bern 6

Bern, 26. Mai 2011

Energieperspektiven nach Fukushima; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Amstutz

Der Gemeinderat der Stadt Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung betreffend Energieperspektiven nach Fukushima Stellung nehmen zu können.

Der Gemeinderat unterstützt die Variante 2: Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit. Dem Gemeinderat ist es aber ein Anliegen, dass nicht der Zeitpunkt 2050 für den Ausstieg aus der Kernenergie gewählt wird, sondern der Zeitpunkt 2039. Der Gemeinderat und Energie Wasser Bern (ewb) sind überzeugt, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist. Entscheidend dafür ist jedoch, dass der Bund sofort verpflichtende Daten festlegt, wann die einzelnen Atomkraftwerke tatsächlich definitiv abgeschaltet werden.

Wie von Ihnen gewünscht, sind die Rückmeldungen auf dem beiliegenden Fragebogen direkt eingefügt.

Der Gemeinderat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Alexander Tschäppät
Stadtpräsident

Dr. Jürg Wichtermann
Stadtschreiber

Beilage: Fragebogen



Bern, 26. Mai 2011

Fragebogen Energieperspektiven nach Fukushima

Stadt/Gemeinde: Stadt Bern

Ansprechperson: Adrian Stiefel, Leiter Amt für Umweltschutz, 031 321 69 08, adrian.stiefel@bern.ch

1. Eine nachhaltige Energiepolitik ist lokal verankert

Stimmen Sie dem Absatz «Eine nachhaltige Energiepolitik ist lokal verankert» zu?

Ja
Nein

Ergänzungsvorschläge/Bemerkung zu 1:

Der Gemeinderat und Energie Wasser Bern (ewb) verfolgen bereits seit einigen Jahren den Weg zu einer nachhaltigen Energiepolitik. Der in der Eignerstrategie der Stadt Bern und in der unternehmens-eigenen Produktionsstrategie hinterlegte langfristige Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens 2039 und die Substitution durch Zubau von Produktionskapazitäten zur Nutzung von neuen erneuerbaren Energien wurden im Herbst 2010 von den Stadtberner Stimmberechtigten mit grossem Mehr durch Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative EnergieWende Bern bestätigt.

2. Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke

Stimmen Sie dem Absatz «Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke» zu?

Ja
Nein

Im
Grundsatz
ja, aber
Ausstieg
2039

Ergänzungsvorschläge zu 2:

Der Gemeinderat der Stadt Bern unterstützt die Variante 2 „Kein Ersatz der bestehenden Kernkraftwerke am Ende ihrer Betriebszeit“. Der Gemeinderat und ewb sind aber überzeugt, dass der **Ausstieg aus der Kernenergie bis** zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Stilllegung des Kernkraftwerks Gösigen **2039** möglich ist. Die Betriebsdauer der AKW sollte aufgrund des unterschiedlichen Sicherheitsstandards differenziert festgelegt werden: 45 Betriebsjahre für Altreaktoren, 50 Jahre für Reaktoren der jüngeren Generation. In jedem Fall sind sicherheitstechnische Erwägungen vorbehalten, welche gegebenenfalls eine frühere Stilllegung nötig machen. Ein erster deutlicher Schritt auf diesem Weg ist der Verzicht von ewb auf die Energiebezugsrechte aus dem Kernkraftwerk Fessenheim ab 2013.



3. Massnahmen im Bereich Energieeffizienz

Ja
Nein

Stimmen Sie dem Absatz «Massnahmen im Bereich Energieeffizienz» zu?

Ergänzungsvorschläge zu 3:

Der Gemeinderat und ewb bestätigen die aufgelisteten Energieeffizienzpotentiale. Zahlreiche bereits umgesetzte Massnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz (Stromsparbonus, Förderprogramme, etc.) zeigen Wirkung. Der Gemeinderat und ewb sind überzeugt, dass **wesentlich strengere Vorschriften betreffend Energieverbrauch von Geräten ein wirksames Mittel** darstellen. Den **Handlungsspielraum zur Umsetzung von ökologischen Stromtarifen** erachten der Gemeinderat und ewb auf Grund der gesetzlichen Vorgaben für die Tarifgestaltung als **beschränkt**.

4. Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien

Ja
Nein

Stimmen Sie dem Absatz «Massnahmen im Bereich erneuerbare Energien» zu?

Ergänzungsvorschläge/Bemerkungen zu 4:

Der Gemeinderat und ewb können bereits einige Resultate auf dem Weg in die atomenergiefreie Zukunft aufzeigen. Das Engagement für den Zubau von Produktionskapazitäten zur Nutzung von neuen erneuerbaren Energien (sowohl in der Region Bern, in der Schweiz und im Ausland) beinhaltet Investitionen in Biomasse, Wasser, Fotovoltaik, Wind und solarthermischen Anlagen. So ist z. B. der Bau des Holzschneitzelheizkraftwerks, das in die Energiezentrale Forsthaus integriert ist, bereits weit fortgeschritten. ewb engagiert sich zudem in der Gesellschaft Geo-Energie Suisse AG für die Entwicklung der Nutzung der Geothermie.

5. Rahmenbedingungen des Bundes

Ja
Nein

Stimmen Sie dem Absatz «Rahmenbedingungen des Bundes» zu?

Ergänzungsvorschläge zu 5:

Der Gemeinderat und ewb sind der Ansicht, dass es **entscheidend** ist, **dass der Bund sofort verpflichtende Daten zur Stilllegung jedes einzelnen Atomkraftwerks festlegt**. Ebenso sollen angemessene Gewinne aus der Stromproduktion, die derzeit aufgrund der gestehungskostenbasierten Tarifikalkulation von Gesetzes wegen faktisch verunmöglicht werden, inskünftig wieder zugelassen werden, so dass der Umbau auf neue erneuerbare Produktion finanziert werden kann.